

gastbeitrag

BASEL – STADT DER IDEEN

Geld und Geist

LUC SANER\*



**POLITIKPLAN.** Im Herbst wird der Grosse Rat über den Politikplan beraten. Dabei hat er erstmals die Gelegenheit, die schergewichtigen Ziele für unseren Kanton festzulegen. An den entsprechenden Zielen für die Schweiz hat sich kürzlich der Nationalrat die Zähne ausgebeissen. Dies ist nicht erstaunlich, beschäftigt sich doch die Politik im Normalfall mit der Tagesaktualität. Stellen sich von Zeit zu Zeit Grundsatzfragen, offenbart sich die Politik von einer erschreckenden Platttheit und Hilflosigkeit. Was wir wirklich wollen, und was wir aufgrund unserer Kenntnisse wollen sollten, ist nicht ausreichend vorbedacht. Wo ist guter Rat zu holen? Die Religionen sind hoffnungslos veraltet, die Philosophie (gewollt) unentschieden, die Staatslehre zu formalistisch und die Wirtschaft beschäftigt sich vornehmlich mit Umsatz und Gewinn. Unter dem Deckmantel des Individualismus ist jeder allein gelassen, eine metaphysische Wüste. So beschränkt man sich auf Systemisches, ohne zu echten Inhalten vorzudringen; am Ende dreht sich fast alles ums Geld: Wohlstand, Finanzhaushalt und kantonaler Lastenausgleich sind die provinziellen Götter

Basel soll die Stadt der Ideen werden, die Politik muss ein ideenfreundliches Klima schaffen.

der Politik. Die Folge ist ein egoistisches Gezanke um Finanzen. Nicht einmal god's own country, die USA, helfen weiter. Las Vegas ist «The City of Entertainment» und New York «The Big Apple», im Resultat zwei Geldmaschinen.

**HOTSPOT BASEL.** Basel ist ein Stadtkanton ohne natürliche Ressourcen und ohne Raum. Basel ist tolerant und traditionsbewusst, international und lokalpatriotisch, kunstverrückt und geldkrank, naturwissenschaftsorientiert und nicht aufgeklärt, selbstbewusst und ängstlich, das pulsierende Herz am Dreiländereck mit evolutionärem Potenzial. Und Basel will anders ticken. Letzteres ist löblich, doch dazu braucht es Ideen, metaphysische Ideen, also Ideen ums Woher und Wohin, Antworten auf die Sinnfrage. Bis im Herbst wirds dazu nicht mehr reichen, zumindest nicht auf der Konsensebene. Was aber liegt näher, als im oszillierenden Hotspot Basel das Problem zum Programm zu machen, da Basel nicht nur anders tickt, sondern von Zeit zu Zeit auch anders blitzt und donnert.

**DENKSTADT BASEL.** Basel soll die Stadt der Ideen werden, grundsätzlicher, wichtiger Ideen mit globaler Bedeutung. Unsere Wirtschaft wurde gross, weil sie gross, global gedacht hat. Werden wir eine Weltstadt der Ideen! Gründen wir eine Denkstadt Basel, wie ich es mit einem Anzug im Grossen Rat gefordert habe. Die Politik muss ein ideenfreundliches Klima schaffen. Visionen gegenüber ist wohlwollend zu begegnen. Falsch ist es, gegenüber Neuem sofort ablehnend zu reagieren, nur weil Widerstand zu erwarten ist, wie dies bei der Idee eines Hafenterritoriums geschehen ist. Visionen, die sofort Konsens finden, sind keine Visionen. Und Politik, die immer auf den Konsens schießt, hat keine Visionen. Und nicht zuletzt auch deshalb wird sie von der Wirtschaft auf Puppenstubbenniveau gesponsert. Ja, tatsächlich, Ideen können auch Geld bringen. Geld und Geist passt doch wunderbar zu Basel.

\* Luc Saner, Präsident der Basler Gesellschaft Au Bon Sens.

briefe

Abwanderung wegen der Steuern

Nr. 1 in der Schrumpfparade; baz 21. 7. 05

Der Grund der Abwanderung aus Basel ist vermutlich weniger die Wohnfläche und das knappe Bauland als die hohen Einkommenssteuern und Krankenkassenprämien im Vergleich zum Kanton Baselland. Im Weiteren hat auch das Schulsystem in Basel die Familien mit Kindern ins benachbarte Baselbiet gelockt. Es nützt nichts, 5000 Wohnungen zu bauen in der Hoffnung, gute Steuerzahler nach Basel zu bringen, wenn einen die Steuern auf Stadtboden auffressen. Solange es möglich ist, dass sogar Staatsangestellte auf dem Land wohnen dürfen, ist keine Besserung in dieser Hinsicht voraussehbar.

JACQUELINE RYKART, BASEL

Vertreibung aus dem Paradies

Es ist mir ein Rätsel, dass als Vorwand für die Schrumpfung immer der fehlende Wohnraum verantwortlich gemacht wird. Was sicher teilweise stimmt, aber nicht der Hauptgrund ist. Meine Bekannten, die von Basel weggezogen und sich aktuell am Überlegen sind wegzuziehen, taten oder tun dies in erster Linie wegen der hohen Steuern. So blind kann die Regierung doch wirklich nicht sein, oder doch? Es wäre wohl sinnvoller, sich dem Steuerproblem zu widmen, als darüber zu diskutieren, ob nun zehn Parkplätze mehr gebaut werden dürfen oder nicht. Leider verhält sich die Basler Regierung wie alle anderen in der Schweiz und diskutiert lieber über ein wenig nackte Haut, was ja auch einfacher ist. Mir scheint, dass die Tendenz zunimmt, parteipolitisch zu handeln und die wirklichen Probleme des Bürgers zu vernachlässigen. Nämlich überparteilich sich gemeinsam der Probleme des Bürgers ohne dieses politische Geplänkel anzunehmen. Es braucht Stärke und Charakter anzupacken und sich aus dem Fenster zu lehnen.

MARIO FRANK, BASEL

Baulandreserven sind nicht der Grund

Was Sie da in Ihrem Artikel geschrieben haben, glauben Sie wohl selber nicht. Sie nennen als Hauptgrund für rückläufige Einwohnerzahlen in BS die geringen Baulandreserven. Fragen Sie mal all die Leute, welche früher in BS und jetzt in BL oder AG wohnen, weshalb Sie weggezogen sind. Die meisten leben heute noch in einer ganz normalen Mietwohnung. Wurde Ihr Artikel etwa von der Steuerverwaltung BS gesponsert?

S. APOLLONIO, KAISERAUGST

Negativ in die Medien gekommen

**«Höllmaschine» nicht beherrscht?; baz 20. 7. 05**  
Ich unterstütze für einmal die Meinung der baz, dass auch ein Herr Schüpbach negativ in die Medien kommen soll. Ausgerechnet Schüpbach, der Oberscharfmacher, Saubermann und missionarisch heilige Krieger gegen die Verkehrssünder, der uns regelmässig mit seinen behelrenden Pressecommuniqués vormachen will, dass die Polizei nichts anderes als den Verkehr und seine Bestrafung als Aufgabe habe.

N. TRÄCHSLIN, RIEHEN

Liebe Leserin, lieber Leser

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften und danken Ihnen für Ihr Interesse. Beachten Sie bitte folgende Regeln: Geben Sie bei Leserbriefen Ihren Namen und Ihre vollständige Adresse an. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Publiziert werden nur Zuschriften, die sich auf Artikel in der baz beziehen.

Unsere Adressen: Basler Zeitung, Leserbriefe, Postfach, 4002 Basel E-Mail: leserbrief@baz.ch

www.baz.ch/leserbrief/formular.cfm

leser-foto



Zaungäste.

Auf der Tour Kandersteg-Gasterental-Lötschenpass-Hockenhorn-Goppenstein, beim Aufstieg zum Lötschenpass.

LESER-FOTO KURT WABER, LIESTAL

Haben auch Sie ein interessantes Foto geschossen?

Senden Sie es an «leserbrief@baz.ch» (inkl. Bildunterschrift und Ihres Namens). Über die Auswahl der Fotos und deren Erscheinen unter ww.baz.ch oder in der Basler Zeitung wird keine Korrespondenz geführt. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.

Bericht über Neulenker sinnvoller

Ohne Herrn Schüpbach in Schutz nehmen zu wollen: Es wäre sinnvoller, diese halbe Seite der baz zu nutzen mit einem Bericht über Neulenker mit «PS-Höllmaschinen», welche nur mit T-Shirt und kurzen Hosen bekleidet Unfälle verursachen! Versicherungs-/IV- und Heilungskosten!

JEANNETTE HUNZIKER, ORMALINGEN

Gute Besserung, Herr Schüpbach!

Eine Hexenjagd ist vollkommen fehl am Platz. Ein Ausrutscher mit dem Motorrad ist schnell passiert, eine nasse oder verschmutzte Stelle an der falschen Stelle reicht schon. Den Einsatz für die Verkehrssicherheit von Herrn Schüpbach kann ich nur loben. Es ist aber ganz klar, dass dies nicht vor eigenen Fehlern schützt. Ich finde diese Art «Schadenfreude», die da verbreitet wird, fehl am Platz!

CHRIS SCHMIDLIN, COURFAIVRE

Den Steuervorteil gerecht verteilen

**Liga der Steuerzahler ist über Urteil verärgert; baz 16. 7. 05**

Die Liga der Steuerzahler behauptet, dass das Bundesgerichtsurteil, wonach der Baselbieter Eigenmietwert anzuhoben und der Mietkostenabzug zu streichen sei, alleits Verlierer geschaffen habe. Ein Beweis zu dieser Behauptung fehlt allerdings. Infolge des zu tiefen Mietkostenabzuges waren bisher die Mietenden die Verlierer. Jetzt ist der Weg offen, durch eine neue, rechtskonforme Lösung den Steuervorteil von 150 Millionen Franken gerecht zu verteilen und so ohne illegale Machenschaften einen Standortvorteil zu bieten.

HANSRUEDI SURER, AESCH

Zeit, die Eigenmiete abzuschaffen

**Die clevere Doppelstrategie ist gesetzeswidrig; baz 20. 7. 05**

So klar hätte ich es nicht besser beschrieben: Der Begleittext zu Ihrem Artikel beginnt mit: «Die Eigenmiete ist ein fiktives Einkommen ...» Dieses fiktive Einkommen wird dem Eigenheimbesitzer, als grundlose Zusatzbelastung, dem steuerbaren Einkommen zugeschrieben. Darauf muss aber reelles Geld als Steuer bezahlt werden. Dies ist schon verwerflich. Das System der Eigenmiete ist unlogisch, fiskalisch sinnlos, unehrlich und verlogen. Es verleitet zur Umgehung. Ich weigere mich heute (und empfehle zur Nachahmung), diese Eigenmiete-Einkünfte selber in die Steuererklärung einzutragen, da sie erwiesenermassen gar nicht existieren (sie sind halt fiktiv) und ich keine unwahre Aussage in meiner Steuererklärung machen darf und will. Es gibt eine einzige vertretbare Lösung. Die kantonalen Finanzdirektoren und der Hauseigentümergebund, der sich bis jetzt für das illegale Baselbieter Modell kurioserweise stark gemacht hat, müssen sich für die totale Abschaffung dieses alten Zopfes einsetzen. Eigenheimbesitzer sind nicht länger bereit, zwischen Vermietern und Mieterverband als Zünglein an der Waage eingesetzt zu werden. Ich erwarte Ehrlichkeit und Redlichkeit statt verlogene Cleverness.

MARKUS ACKERMANN, BASEL

BRYAN STONE, ETTINGEN

Den Dieb in flagranti schnappen

**Billette geklaut – aus dem Briefkasten; baz 20. 7. 05**

Schön, dass die bestohlene Kundin die Tickets fürs Orange-Cinema ersetzt bekommt! Falls sie Postfinance-Kundin ist und ihre Billette fürs Orange-Cinema auch über Postfinance bestellt hat, hat sie fest zugewiesene, nummerierte Plätze auf der Tribüne erhalten. Warum also stellt man nun an besagtem Tag, für den die Billette gültig waren, nicht einfach einen Polizisten in Zivil in die Nähe des reservierten Platzes und schnappt sich den Briefkasten-Dieb, sobald er sichs bequem machen will?

FRANZISKA STAEDELI, BASEL

Juristen wischen keine Strassen

**Müll-Bussen sorgen für Stunk; baz 16. 7. 05**

Was passiert beim Thema Abfall? Der Staat reguliert, schafft Normen und damit zusätzliche Arbeit für Juristen und andere Funktionäre. Gleichzeitig schafft er die Stellen derjenigen ab, welche die Strassen putzen. Man entwickelt sich weiter in Richtung Kommandowirtschaft und wundert sich scheinheilig, dass die Quartiere verstimmen (dass der Bedarf nicht befriedigt wird). In einer Kommandowirtschaft wird weder gedient noch geleistet, sondern nach politischen Kriterien (das heisst unproduktiv und ineffizient) umverteilt. Diese Politik ist gescheitert. Besser wäre die Entlassung von Juristen und die Einstellung von Strassenwischern – am liebsten durch die Privatwirtschaft gegen Reduktion von Steuern und Abgaben. Beim Abfall gibt es kein «öffentliches Interesse» an der Beschäftigung von Juristen und anderen Funktionären, sondern höchstens an der Arbeit von Strassenwischern: Zwei Strassenwischer für jeden eingesparten Juristen wären ein guter Anfang und allemal effizienter als jeder Bussenzirkus, der allen schadet, weil er sehr viel mehr kostet, als er irgend jemandem bringt.

Danke an die Saubermänner

Von wegen: Alle Städte ausser Basel sind sauber! Wenn man früh genug auf den Beinen ist, sieht man die Müllberge auch in Brügge, Amsterdam, Paris etc. Dort, wo die Leute «Spass haben» wollen, sieht es überall gleich aus. In diesem Zusammenhang ein Tipp: Am Samstagmorgen am Kleinbasler Rheinufer sind die Abfallberge schon sauber gehäufelt und zum Abtransport bereit. Danke an unsere Basler Saubermänner.

MADELEINE M. VOGEL, ALLSCHWIL

Kein Geld für die echten Schweizer

**Die Schweiz ist bei der Galileo-Navigation dabei; baz 16. 7. 05**

Es kann doch nicht sein, dass unser Staat sparen muss, um so ein Projekt zu finanzieren. Es ist beschämend, dass unsere einheimische Bevölkerung für dieses Unternehmen immer mehr Gebühren und sonst allfällige Kosten, zum Beispiel die Erhöhung der Krankenkasse, sowie auch Rauchverbot, Bussen allgemein, in Kauf nehmen muss. Mir fehlen die Worte. Woher kommen die zehn Millionen für dieses Projekt? Wäre es nicht besser, wenn unsere Manager mit ihren hohen Salären etwas für unsere armen AHV-Rentner, die unsere Wirtschaft nach dem Krieg wieder aufgebaut haben, beitragen würden? Es ist eine Schande. Für alles hat die Schweizer Wirtschaft Geld, nur für die echten Schweizer nicht.

BEATRICE HEULE, THERWIL

Jeden Tag die baz im Briefkasten.

Senden Sie mir bitte die Basler Zeitung nach Hause.

4 Wochen lang gratis zur Probe

4 Wochen lang gratis und ein Jahr für nur Fr. 338.50

(Angebote gültig bis 30.11. 2005, in der Schweiz und im Grenzgebiet Basel. Abopreis inkl. 2,4% MWST.)

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Strasse: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: Basler Zeitung, Abonnemente, Postfach, 4002 Basel